Deutscher Reichstag.

32. Sitzung vom 8. Februar, mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. von Boetticher, Freiherr von Berlepsch.

Die Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Hitze und Dr. Lieber betr. die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeiterkammern wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (nl.): Meine sämmtlichen Fraktionsgenossen stehen auf demselben Boden, den Herr von Bennigsen früher bezeichnet hat, daß nämlich die Organisationen Arbeitgeber und Arbeiter gemeinsam umfassen müssen. Auf dem Boden der gemeinsamen Berufsgenossenschaften ist meine Partei bereit, auf dem sozialpolitischen Wege fortzuschreiten. Ich habe daher zu erklären, daß die große Mehrzahl meiner politischen Freunde im Widerspruch steht mit der programmatischen Erklärung des Herrn Handelsministers von gestern. Er wird daher, wie ich vermuthe, mit dieser auf den Widerstand der drei Fraktionen der Konservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen stoßen. Wir wünschen keinesweges einen Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung und sind entschlossen, einer weiteren Reform den Weg zu bahnen, weil wir überzeugt sind, daß die Berufsgenossenschaften, wie wir sie wollen, auch Kassen gegen die Schäden der Arbeitslosigkeit zu bilden geeignet sind. Ferner sind wir der Ansicht, daß die Versicherungsgesetze, wie wir sie haben, noch nicht zu vollständigem Abschluß gekommen sind. Es muß auch für die Wittwen und Waisen der Arbeiter gesorgt werden, wie das die Knappschaftskassen bereits seit so vielen Jahren thun. Die Trade Unions dürfen wir bei uns nicht einführen, dagegen hat sich auch die Schweiz gewehrt, welche es verstanden hat, die Tyrannei der Sozialdemokratie von sich fern zu halten. (Zustimmung.) Nach den Erfahrungen, die man in England gemacht hat, ist es nicht verständlich, wie die Regierung daran denken kann, solchen Organisationen Korporationsrechte zu verleihen oder gar Arbeiterkammern zu organisiren. Man würde damit nur die moralische und finanzielle Stärkung der sozialdemokratischen Agitation herbeiführen. Zum Ausgleich von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eignen sich die Arbeiter-Ausschüsse gar nicht. Die fakultativen Ausschüsse sind nicht nur nicht wirksam für die Arbeiter gewesen, sondern man hat sogar verstanden, durch sie die Arbeiter niederzuhalten. Die Regierungen, wenn sie Reformen anstreben, dürfen den historischen Boden unserer Entwicklung nicht verlassen, um englische Vorbilder nachzuahmen. Ich möchte auch glauben, daß es die ernste Pflicht der Regierung ist, mit einer echt nationalen Sozialpolitik eine echt nationale Handelspolitik zu verbinden. (Beifall.)

Abg. Hüpeden (kons.): Die Konservativen stehen noch wie vor auf dem Boden des kaiserlichen Erlasses von 1881. Wir wollen ebenfalls auf dem Wege der sozialpolitischen Reformen fortschreiten, halten aber den gegenwärtigen Zeitpunkt dazu nicht für geeignet. Davon weichen die Ansichten der christlich-sozialen Vereine, denen auch ich angehöre, ab. Sie sagen, nur frisch voran, es wird schon gelingen! Herr v. Stumm hat schon im Dezember den Pastor Weber als Agitator bezeichnet. Dann hat er ähnliche Aeußerungen gegen den Pastor Naumann und die evangelischen Arbeitervereine gethan. Gestern nun hat sich das Unwetter zusammengezogen zu einem furchtbaren Donner gegen die evangelischen Arbeitervereine. Aber es waren kalte Schläge. Die evangelischen Arbeitervereine werden niemals mit fliegenden Fahnen ins sozialdemokratische Lager abweichen. Davor behütet sie ihre christliche, ihre monarchische Gesinnung. Ich kenne ihren Geist. Seit fünf Jahren stehe ich an ihrer Spitze. Sie sind monarchisch bis auf die Knochen. Man muß Herrn v. Stumm zurufen: „Verdirb es nicht, es ist ein Segen drin!“ Auch ich bin von Herrn v. Stumm in Acht und Bann gethan, aber ich fürchte mich nicht. Aus den evangelischen Arbeitervereinen wird es Ihnen nicht gelingen, auch nur einen sozialdemokratischen Arbeiter, ich will nicht sagen, auf den Tisch des Hauses niederzulegen, (große Heiterkeit) sondern auch nur nachzuweisen. Die gegenwärtigen Verhältnisse fordern ein Vorgehen in christlich-sozialer Richtung. Wenn Sie (zu den Sozialdem.) einmal ordentlich vom Leder ziehen wollen, so lassen Sie die materialistische Weltanschauung fort, dann kämpfen Sie mit christlichen Massen, Ihre materialistische Waffe ist eine Phrasenfeder, die nicht haut noch sticht. Herr Naumann ist ein Idealist, aber ihn mit den Sozialdemokraten in einen Topf zu werfen, geht doch nicht an. Wie ich schon sagte, halten meine konservativen Freunde den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen Fortschritt der Reformen nicht geeignet. Ich bin nicht dieser Ansicht. Man kann ja mit der gebotenen Vorsicht vorgehen. Allzweit braucht man allerdings den sozialdemokratischen Herren nicht entgegenzukommen. Wie man es auch macht, ihnen wird es nie genügen, und sie werden nie zufrieden gestellt. In der Sozialdemokratie ist ein heftiger Kampf entstanden zwischen der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung. Das was der Abg. Rösicke darüber gesagt hat, kann ich durchaus unterschreiben. Wir wollen die gewerkschaftliche Bewegung unterstützen, die von der politischen Sozialdemokratie gehaßt wird. Ich meine, besser heute wie morgen befriedigen wir das Bedürfniß der Arbeiter, sich zu organisiren. Geschieht es nicht auf gesetzlichem Wege: so geschieht es durch die Sozialdemokratie auf freiem Wege. Die Umsturzvorlage ist eine traurige Nothwendigkeit, durch sie wollen sich die Regierungen den Boden bereiten für eine soziale Reformarbeit. Hüten wir uns, den Glauben zu erwecken, als ob heute ein unfreundlicher Wind gegen die Arbeiter wehe. Der Schein darf nicht entstehen, als sei die Gerechtigkeit auf Seiten der Gegner. Halten wir unser Schild blank. (Beifall.)

Abg. Legien (soz.): Ein größerer Widerspruch ist nicht vorhanden, als zwischen der Einleitung zur Sozialpolitik überhaupt und der jetzigen Erklärung des Handelsministers, daß, ehe man mit der Sozialreform weiter vorgehe, die Arbeiter sich erst von der Sozialdemokratie frei gemacht haben müßten. Gerade dies hat man doch durch die sozialpolitische Gesetzgebung erreichen wollen. Herr Möller will nicht einmal Organisation für den Arbeitsnachweis. Das ist recht bezeichnend für die christliche Liebe der Herren! Nicht einmal die einfachste Vermittelung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter soll geschaffen werden, der Staat soll da nicht eingreifen. Was jetzt von kommunalem Arbeitsnachweis vorhanden ist, ist parteilich gegen die Arbeiter. Der Arbeitsnachweis gehört unter allen Umständen den Arbeitern. Die Arbeitgeber haben da nichts zu bestimmen. Die Arbeiter verkaufen ihre Arbeit und haben den Preis zu bestimmen. Und dann die sozialpolitische Gesetzgebung! Es soll da genug geschehen sein! Was ist denn da aber geschehen? Fast gar nichts, die Vortheile für die Arbeiter sind minimal, und den Arbeitern ist mit dieser Art Gesetzgebung nicht gedient. Der Abg. Fischer hat mit Recht gesagt: Geben Sie dem Arbeiter das Vereinigungsrecht, und er wird mit Freuden auf diese ganze Gesetzgebung verzichten, weil er sich dann gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft mit Erfolg schützen kann. Den Abg. Möller möchte ich auf die großen finanziellen Leistungen der einzelnen Gewerkschaften für Unterstützung von Kranken und Arbeitslosen, Rechtsschutz usw. hinweisen. Diese enormen Summen werden von Arbeitern mit einem Wochenverdienst von 10, 15, höchstens 20 Mark aufgebracht, lediglich um ihre bedürftigen Kollegen zu unterstützen. Gegenüber dieser Selbstlosigkeit will Abg. Dr. Lieber auf die Thätigkeit der barmherzigen Schwestern verweisen, die doch glauben, damit einen Wechsel auf die Zukunft auszustellen. Ueberhaupt ist die Haltung des Centrums und der Vertreter der christlichen Parteien im praktischen Leben draußen eine ganz andere als hier bei der Interpellation. Wenn es den Herren wirklich ernst ist mit dem Wollen, den Arbeitern zu helfen, wie kommen sie dann dazu, durch Gründung einer neuen Organisation des christlichen Bergarbeitervereins den sozialdemokratischen das Wasser abzugraben? Sie haben die Arbeiter dazu gebracht, daß die Arbeiter, die in den Gruben der gemeinsamen Gefahr ausgesetzt sind, sich gegenseitig bekämpfen. Sie wollen es also gerade verhindern, daß die Arbeiter sich eine bessere Lebenshaltung erringen. Aehnliche Beispiele könnte ich noch mehr anführen. Die Ansicht, daß es wegen des Zwistes zwischen der gewerkschaftlichen politischen Bewegung zu einer Sprengung der Partei kommen könnte, befindet sich vollkommen auf dem Holzwege. Einen prinzipiellen Gegensatz giebt es in der deutschen Arbeiterbewegung nicht, ein Gegensatz besteht nur bezüglich der Taktik. Also auch diese Hoffnung unserer Gegner ist vergeblich. Solange Sie die Forderungen der Arbeiter nicht befriedigen, werden wir trotz aller schönen Gesetze und gesetzlichen Maßnahmen gegen uns immer weiter wachsen. Die Zukunft gehört uns auf jeden Fall.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen der Abg. von Kardorff, Möller (Dortmund) und Schall ist die Interpellation erledigt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Ohne Debatte wird die Wahl des Abg. Harm (2. Düsseldorf) für giltig, die der Abg. Dr. Pichler (3. Niederbayern), Cassel-mann (2. Sachsen-Weimar) für ungiltig erklärt.

Die Wahl des Abg. Meist (1. Düsseldorf) beantragt die Kommission für ungiltig zu erklären. Der Abg. Eugen Richter hatte wegen angeblich ungesetzlicher Wahlkreiseintheilung rechtzeitig Protest gegen die Wahl eingelegt. Die Kommission beantragt außerdem, den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die anzuordnende neue Wahl innerhalb der reichsgesetzlich feststehenden Begrenzung des Wahlkreises vorgenommen wird.

Abg. Auer (Soz.). Ich beantrage, die Wahl des Abg. Meist für giltig zu erklären, zumal Herr Bachem für die Wahl des Abg. Greiß, die nachher zur Erörterung kommen wird, die Giltigkeit beantragt hat. Wenn für die Wahl des Abg. Greiß die Giltigkeit beantragt wird, wo es sich um 21000 Stimmen handelte, so können wir das mit viel größerem Rechte, da in unserem Falle nur 779 Wähler in Betracht kamen, die zu Unrecht ihre Stimme abgaben. Also mein Antrag ist nur die logische Folge des Antrags Bachem. Es handelt sich überdies hier nur um ein Verfahren der Behörde, unter dem die Wähler nicht leiden dürfen.

Abg. Dr. Bachem (Ctr.). Von einem Abgeordneten ist mir zugerufen worden: Ihr habt hier ein Handelsgeschäft gemacht. Ich weiß nicht, wie man so etwas behaupten kann. Wir sind hier als Richter über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einer Wahl, und machen keine Handelsgeschäfte. Vom juristischen Standpunkte hat die Wahlprüfungskommission mit Recht diese Wahlen angefochten; eine neue Wahl ist aber immer etwas Unbequemes. Ueberdies haben sich die Behörden sowohl wie die Wähler im guten Glauben befunden und deshalb bitte ich beide Wahlen, sowohl die des Herrn Meist wie diejenige des Herrn Greiß, für gültig zu erklären.

Abg. Rickert (Frs. Vgg.) Aus Opportunitätsgründen wie der Abg. Dr. Bachem darf man einen prinzipiellen Standpunkt nicht aufgeben. Ich bitte, dem Kommissionsantrage entsprechend, beide Wahlen für ungiltig zu erklären.

Das Haus beschließt, die Wahl des Abg. Meist für ungiltig zu erklären.

Dafür stimmen die freisinnigen Parteien, die Reichspartei, Polen, Nationalliberalen und ein Theil des Centrums. — Die Resolution wird debattelos angenommen.

Betreffend die Wahl des Abg. Dr. Böckel (Antis.) sollen noch Erhebungen veranstaltet werden, weshalb die Entscheidung ausgesetzt wird. Die Wahl des Abg. v. Chlapowski wird für giltig erklärt.

Die Wahl des Abg. Greiß (Ctr., 1. Köln) beantragte die Kommission für ungiltig zu erklären und zwar aus demselben Grunde wie die Wahl des Abg. Meist.

Abg. Bachem (Ctr.) tritt nochmals für die Giltigkeitserklärung dieser Wahl ein.

Abg. Graf Mirbach (kons.) erklärt, für den Beschluß der Wahlprüfungskommission stimmen zu wollen, in Konsequenz der Haltung, die er gegenüber dem Abg. Meist eingenommen habe. Mit den Sozialdemokraten zu diskutiren, entspreche nicht seinen Gewohnheiten.

Abg. Auer (Soz.): Ob Graf Mirbach sich mit den Sozialdemokraten beschäftigen will oder nicht, das ist Geschmackssache. Schaden wird das der Sozialdemokratie nicht. Der frühere Reichskanzler (Ironischer Zuruf des Grafen Mirbach: Mein Freund Caprivi) hat gesagt, alles, was geschehe, müsse geprüft werden bezüglich der Wirkung auf die Sozialdemokratie. Und nun von den Herren diese Protzerei. (Große Heiterkeit.) Nachdem das Haus für Ungiltigkeit der Wahl des Abg. Meist gestimmt hat, werden wir natürlich auch für Ungiltigkeit der Wahl des Abg. Greiß stimmen. (Erneute Heiterkeit.)

Präsident von Levetzow erklärt den Ausdruck „Protzerei“ für unparlamentarisch.

Abg. Dr. Meyer (Halle): Der Parteistandpunkt spielt hier gar keine Rolle; der Abg. Bachem hat selbst gesagt, die Wahlordnung sei verletzt. Ich weiß dann aber nicht, wie er dazu kommen kann, die Wahl für giltig erklären zu lassen.

Abg. Spahn (Ctr.): Ich werde wie vorher im Falle Meist auch jetzt für die Ungiltigkeit der Wahl stimmen. (Beifall.)

Abg. Graf Mirbach (kons.) verwahrt sich dagegen, daß seine Haltung mit der des früheren Reichskanzlers identifizirt werden könnte.

Abg. v. Kardorff macht darauf aufmerksam, daß das Verfehlen der Behörden, welches zu der Kassirung der Wahl des Grafen Moltke geführt hat, ein viel geringeres war, als das im vorliegenden Falle.

Die Wahl des Abg. Greiß wird für ungiltig erklärt. Die Resolution der Kommission, welche der bei der Meist'schen Wahl beantragten entspricht, wird angenommen.

Die Wahlen der Abgg. v. Benda (6. Magdeburg), Dr. Görtz (Lübeck), Rothbarth (14. Hannover) werden debattelos für giltig erklärt.

Die Wahl des Abg. Bantleon (nl., 14. Württemberg) beantragt die Kommission für ungiltig zu erklären und zwar hauptsächlich, weil die sozialdemokratischen Zettelvertheiler Hans Hecker und Andreas Neubauer durch ungerechtfertigte Verhaftung dem Geschäfte des Zettelvertheilens polizeilich entzogen seien und diese Verhaftung für das Ergebniß der Wahl erheblich sei.

Der Abg. Dr. Clemm (Ludwigshafen) beantragt, die Wahl für giltig zu erklären; eventualiter beantragt derselbe Abgeordnete für den Fall der Ablehnung dieses Antrags, weitere Ermittelungen darüber anstellen zu lassen, 1. ob die erwähnte Verhaftung ungesetzlich gewesen und 2. ob durch diese Verhaftung in den Abstimmungsbezirken Geisthagen I und II die Abgabe von auf den sozialdemokratischen Kandidaten lautenden Wahlzetteln unmöglich gemacht worden sei.

Ein Antrag des Abg. v. Marquardsen, die Prüfung dieser Wahl wegen der mangelhaften Besetzung des Hauses von der Tagesordnung abzusetzen, wird abgelehnt.

In der nunmehr eröffneten Debatte nimmt das Wort:

Abg. Dr. v. Gültlingen (Rfp.): Der einzige erhebliche Protestpunkt bezieht sich auf die Verhaftung zweier sozialdemokratischer Zettelausträger während des Wahlaktes wegen Landstreicherei. Die Mehrheit der Kommission hat das für genügend gehalten, um die Kassirung der Wahl zu motiviren. Die Strafbarkeit des einen Zettelträgers, mit Namen Hecker, war für die Polizei erwiesen; der andere stand ebenfalls in dem Verdachte der Landstreicherei. Die Untersuchungshaft des Hecker war jedenfalls berechtigt nach dem klaren Wortlaut der Strafprozeßordnung. Bei der Gerichtsverhandlung haben die Angeklagten nichts davon gesagt, daß sie in Ausübung des Amtes des Zettelaustragens verhaftet wurden; erst nach einigen Monaten sind sie mit dieser Behauptung hervorgetreten; nach meiner Ansicht sind sie aber da nicht glaubwürdig.

Abg. Brandenburg (Ctr.): Die Herren, die die Giltigkeit der Wahl beantragen, führen an, daß bei den beiden Zettelaustragern Landstreicherei unzweifelhaft festgestellt sei, und daß deshalb die Behörde zu ihrer sofortigen Verhaftung befugt gewesen sei. Aber zu der Zeit, in der sie verhaftet wurden, waren sie als Landstreicher nicht anzusehen, da sie eine Beschäftigung, nämlich die des Zettelaustragens, ausübten. Sie hätten zu dieser Zeit nur wegen Fluchtverdachts verhaftet werden können, aber der lag nicht vor. Für die Beurtheilung der Frage der Giltigkeit der Wahl kommt nun in Betracht, daß die Mehrheit für Bantleon nur acht Stimmen betrug, und daher ist auf Ungiltigkeit der Wahl zu erkennen.

Abg. Bassermann (nl.): Die Wahlprüfungskommission kommt zur Kassation, weil sie die Verhaftung der beiden Handwerksburschen auch von dem Gesichtspunkte des Einflusses auf das Ergebniß der Wahl betrachtete. Es handelt sich nur um eine Stadt von 6000 Einwohnern. Die Sozialdemokraten haben sich aber offenbar selbst von dem Zettelvertheilen keine Wirkung auf die Wähler versprochen, sonst hätten sie schon früher für Zettelvertheiler gesorgt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die beiden Verhafteten sind später wegen Landstreicherei rechtskräftig verurtheilt worden. Der Thatbestand der Landstreicherei war festgestellt und damit war nach dem Wortlaute der Strafprozeßordnung auch die sofortige Inhaftnahme geboten. Die Kassation der Wahl würde auch die Kassation des rechtskräftigen gerichtlichen Urtheils bedeuten (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Ich bestreite aber auch ausdrücklich, daß die Verhaftung der beiden Landstreicher irgendwie einen Einfluß auf das Ergebniß der Wahl gehabt hat. Die Freiheit der Wahl ist in keiner Weise beschränkt worden. Es haben in Geißlingen 92 Prozent der Wahlberechtigten abgestimmt, ein so hoher Prozentsatz, daß das mit ein Beweis gegen die Berechtigung der Wahlkassation ist.

Abg. Auer (Soz.): Der Kampf in dem Wahlkreise hat sich in der Hauptsache zwischen der Volkspartei und den Nationalliberalen abgespielt. Wir waren nicht so interessirt und daher hatten wir nicht Zettelverträger schon vorher beschäftigt. Wir werden dem Beschluß der Wahlprüfungskommission beitreten. Die beiden Handwerksburschen waren in dem Augenblicke ihrer Verhaftung nicht Landstreicher, sondern sie waren beschäftigt gegen einen Tagelohn und in Aussicht gestellten Lohn von zwei bis drei Mark; und das bedeutet in Verbindung mit den Meisterzeugnissen und den Staatsunterstützungen für einen Handwerksburschen, daß er sich acht bis vierzehn Tage über Wasser halten kann. Wer daraus, daß die beiden Leute, der eine drei, der andere sieben Wochen, außer Arbeit waren, folgert, daß sie Landstreicher sind, beweist, daß er von den Zuständen bei unseren Arbeitern, und der großen Arbeitslosigkeit keine Ahnung hat (Sehr richtig! links). Es waren ordentliche Arbeiter. Daß sie wegen Bettelns bestraft waren — nun, es ist reiner Zufall, daß sich nicht hier Jemand vorstellen kann, der wegen Bettelns nicht bestraft worden ist (Heiterkeit und Beifall). Jeden Handwerksburschen, der in der Wahl seiner Eltern nicht vorsichtig gewesen ist und das Geld seiner Eltern nicht verreisen kann, kann das passiren. In nationalliberalen Blättern wurde in diesen Tagen behauptet, die beiden Personen seien mehrfach bestrafte Landstreicher. Das ist eine unwahre Beleidigung der beiden Personen. Wegen Landstreicherei wurden sie erst bestraft, als die Geißlinger Polizei das Bedürfniß fühlte, der Wahl des Abg. Bantleon unter die Arme zu greifen (Unruhe; Beifall bei den Sozialdemokraten). Herr Bassermann behauptete, die Freiheit der Wahl sei in Geißlingen nicht beschränkt worden. Kommerzienrath Häule hat aber seinen Arbeitern erklärt, daß er die Arbeit einschränken und jeden Sozialdemokraten als seinen Feind ansehen würde, wenn der Nationalliberale nicht gewählt würde. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Schöning (kons.): Ich mache Sie auf folgenden Punkt aufmerksam: Wenn Sie jetzt die Wahl für ungiltig erklären, werden in Zukunft immer die Parteien, deren Wahl nicht sicher ist, Landstreicher als Zettelträger beschäftigen, um, wenn sie wegen Landstreicherei verhaftet werden, die Kassirung der Wahl herbeizuführen. Daher werde ich für Giltigkeit der Wahl stimmen.

Abg. Payer (Südd. Vp.): Für uns giebt es hier nichts anderes als eine Prüfung der Rechtsfrage, und die muß zur Ungiltigkeitserklärung der Wahl führen. Ob die beiden Handwerksburschen zu Recht oder zu Unrecht verhaftet worden sind, darüber entscheidet nur der Reichstag allein, nicht etwa der Beamte, der die Verhaftung verfügt hat. (Widerspruch.) Die Erhebungen darüber, ob die Verhaftung ungerechtfertigt war, sind also völlig belanglos. Auch bestreite ich entschieden, daß es sich hier um Landstreicher handelt, es waren ordentliche Leute, die Arbeit suchten und dieselbe auch in der Vertheilung der Zettel fanden. Niemand kann im Zweifel darüber sein, weshalb die Festnahme der Leute erfolgt ist, und das genügt. (Beifall.)

Abg. Gröber (Ctr.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Brandenburg an. Die beiden verhafteten Handwerksburschen seien keine Landstreicher gewesen; nicht das arbeitslose Umherziehen mache den Landstreicher, sondern das arbeitslose Umherziehen. (Sehr richtig! links.) Aus einer Beschäftigung reise man einen Handwerksburschen sonst nicht heraus. Hier seien nicht die Landstreicher, sondern die Stimmzettelvertheiler verhaftet. Der Polizeikommissar Abele habe herauch bei der Zeugenvernehmung erklärt, er könne sich auf die Einzelheiten bei der Verhaftung nicht mehr besinnen; was sei auf die Aussage eines solchen Zeugen zu geben!

Die Abg. Clemm und Gen. haben inzwischen ihren Antrag auf Giltigkeitserklärung der Wahl des Abg. Bantleon zurückgezogen und beantragen unter Aufrechthaltung ihres Eventualantrages, den Beschluß über die Giltigkeit der Wahl auszusetzen.

Abg. Dr. Enneccerus (nl.): Es ist zweifellos, daß die beiden Verhafteten Landstreicher waren; das geht aus den Aussagen der Polizeibeamten deutlich hervor. Absolut ist jedenfalls das Gegentheil nicht erwiesen, und daher muß man mindestens zu unserem Antrage kommen, noch Ermittelungen anzustellen. Gewiß sollen wir hier im Reichstage entscheiden und nicht die württembergische Regierung; aber das Material soll uns erst geliefert werden. Bei der letzten Landtagswahl haben die Sozialdemokraten es ganz unterlassen, in Geißlingen Zettel vertheilen zu lassen.

Abg. Gröber (Ctr.): Ich bemerke, daß die Polizeibeamten ohne Ausnahme unbeeidet vernommen worden sind, weil sie unter dem Verdacht standen, ihre Amtsbefugnisse überschritten zu haben. (Hört! hört!) Auch ist von verehrten Personen zum Theil gerade das Gegentheil von dem ausgesagt worden, was die Beamten bekundet hatten.

Abg. Dr. Enneccerus vertritt nochmals seinen bereits angeführten Standpunkt.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt; Abg. Gröber vertritt noch einmal seinen Standpunkt.

Darauf wird der Antrag Clemm mit den Stimmen des Centrums, der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der beiden freisinnigen Parteien abgelehnt. Die Wahl des Abgeordneten Bantleon wird entsprechend dem Kommissionsantrag für ungiltig erklärt.

Die Wahl des Abg. Lüttich (Schwarzburg-Rudolstadt) wird debattelos für giltig erklärt, ebenso die Wahlen der Abgg. von Puttkamer (Pauly, 1 Danzig) und v. Schöning (5 Stettin).

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. (Interpellation Stumm,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950209027/fragment/page=0001

Montenuffel, betr. die Sicherheit auf See; Gesetzentwurf betr. die Konsulatsgebühren.

Der Präsident theilt mit, daß er am Montag die zweite Etatsberathung zu beginnen gedenkt mit dem Etat des Reichstages, des Reichskanzlers und des Reichsamt des Innern.

Schluß nach 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr.

Die Berathung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt beim Titel „Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr."

Abg. **Pleß** (Ctr.) tritt für eine Tarifreform ein. Die Eisenbahnverwaltung sei in dieser Beziehung zu zaghaft. Ein Versuch könne ganz ruhig gemacht werden. Es lasse sich sogar hoffen, daß durch eine Verbilligung der Personentarife infolge der Verkehrssteigerung eine Einnahmevermehrung sich ergeben werde. Moralische und wirthschaftliche Gründe sprächen für eine Reform, die auch in der Verwaltung eine Vereinfachung herbeiführen würde. Mit steigender Entfernung müßten die Beförderungssätze fallen. Unsere Nachbarstaaten seien in dieser Richtung bereits vorgegangen. Die erste Klasse habe ihrer geringen Benutzung wegen keine Existenzberechtigung mehr. Man sollte sich nicht zu sehr mit langwierigen Untersuchungen über diese Frage beschäftigen. Probiren geht über Studiren. Die Herabsetzung der Gütertarife habe schon Mehreinnahmen gebracht, die gleiche Wirkung würde auch die Ermäßigung der Personentarife haben. Im Namen seiner Fraktion weist Redner die Vorwürfe des Abgeordneten v. Eynern gegen das Verhalten des Reichstages zurück.

Finanzminister Dr. **Miquel:** Es ist von verschiedenen Seiten so dargestellt worden, als wenn die Finanzverwaltung aus ungezügemäßer Sparsamkeit jedem nützlichen Vorschlage zur Tarifreform in eigensinniger Weise Widerstand entgegensetze. Ich persönlich habe die Reformbedürftigkeit unseres Tarifwesens stets anerkannt. Aber für durchgreifende Reformen, die mindestens mit einem großen Risiko an Einnahmeverlusten verbunden sind, ist die gegenwärtige Zeit noch nicht gekommen. Weiter darauf los zu wirthschaften mit einem Defizit, ohne uns Bedenken für die Zukunft zu machen, eine solche Finanzpolitik werde ich nicht führen. (Beifall rechts.) Als ich mein Amt antrat, befanden wir uns in scheinbar günstigen Finanzverhältnissen, so daß einer der besten Kenner unserer Finanzen, Abg. Richter, anheimstellte, die Gewerbesteuer einfach zu streichen. Drei Tage, nachdem ich im Amte war, hatte ich mich aber überzeugt, daß diese Anschauung, als ob wir ungeheuer reiche Leute wären, fehlerhaft sei. Unser Defizit ist entstanden, indem wir 150 Millionen M. Einnahmen preisgaben und dauernde Ausgaben auf schwankende Einnahmen gelegt haben. Reformen, die auf die Dauer Einnahme-Ausfälle bringen, sind nur durchzuführen, wenn man entweder kein Gefühl der Verantwortlichkeit hat oder entschlossen ist, die Steuern zu erhöhen. Wir wissen noch gar nicht, wie unsere Reichsfinanzen sich gestalten werden, unsere ganze finanzielle Zukunft ist unklar und unsicher. Wenn man das Haus vor die Frage stellte, ob die Reform der Tarife vorgenommen und der Ausfall mit Steuerzuschlägen gedeckt werden sollte, so würde es „Nein" sagen. Ein Finanzminister kann sich nicht die Aufgabe stellen, alle Wünsche zu befriedigen, sonst handelt er gewissenlos. Eine Finanzverwaltung kann auch nicht von heute auf morgen leben, sie muß die Gesammtbedürfnisse des Staates ins Auge fassen und darf nicht bloß Einzelwünsche von Interessenten berücksichtigen.

Wie kann man nun einem Finanzminister, der diese Grundsätze befolgt, nachsagen, daß er mit einer Art Bauernsparsamkeit auf seinem Schatze liegt und nichts herausgeben will? Niemand wäre froher, als ich, wenn diese Reformen durchgeführt werden könnten. Bedenken Sie doch auch: Wir sind die Zahlungspflichtigen dem Reiche gegenüber, denn das Reich sorgt nicht für genügende Deckung der eigenen Ausgaben, die doch einmal gemacht sind. Auf die Frage, wie sie hätten gemacht werden müssen, kommt es doch garnicht mehr an. Von einigen Reformen würde auch die Durchführung des Eisenbahngarantiegesetzes verlangt. Geschähe dies, in welcher Form auch immer, so würden wir bedeutende Rückgaben aus den Einnahmen der Eisenbahnen machen müssen. Das Defizit der allgemeinen Staatskasse würde dadurch noch gesteigert werden und wir hätten neue Anleihen zu machen. Es können aus diesem Grunde neue Garantiefonds nicht gebildet werden. Alle Vorschläge enthalten ein zu großes Risiko für die Finanzverwaltung. Diese Art Politik zu führen bin ich außer Stande. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Eynern** (nl.): Durch eine Tarifreform wollen wir die Gesammteinnahmen der Eisenbahnen nicht verringern, im Gegentheil, eine geschickte Tarifreform würde die Einnahmen vermehren. Daß das möglich ist, beweisen die Mittheilungen in den Erläuterungen, wonach durch die Vermehrung der D-Züge eine Mehreinnahme von 1,300,000 M. erreicht ist. Die Frage der Tarifreform kann nicht nach den einseitigen Finanzinteressen unseres Staates beantwortet werden. Wenn wir das thun, unterbinden wir unsere Erwerbskraft gegenüber anderen Staaten, die mit der Reform längst vorangegangen sind. Wir bestreiten, daß die Tarifreform Mindereinnahmen herbeiführen wird, so daß eine Steuervermehrung nothwendig wird. Wir müssen selbst aus Anleihen eine Summe für Verkehrsverbesserungen flüssig machen, um dem Wort des Kaisers: „Das Jahrhundert steht im Zeichen des Verkehrs" zu genügen.

Finanzminister **Miquel**: Die Eisenbahnverwaltung hat anfangs Bedenken gehabt gegen die Erhebung des Zuschlags in den D-Zügen, weil sie eine Verminderung der Benutzung fürchtete. Die Vermehrung der Einnahmen ist eingetreten durch eine Tariferhöhung, welche die Finanzverwaltung angeregt hat, um die erhöhten Baukosten für die neuen Wagen zu decken. Ich bin keineswegs Gegner aller Tarifreformen. Finanziell würde einen Mehrertrag geben z. B. die Weiterführung der Staffeltarife über Berlin, und ich bedaure, daß man dies System aufgegeben hat. Nach meiner Ansicht hätte man vielleicht bei der Staatlichung die Tarife nach den Selbstkosten einrichten können. Aber jetzt plötzlich diese Maßnahme durchzuführen, würde eine solche Aenderung im Verkehrswesen herbeiführen, daß man dabei sehr vorsichtig sein muß. Die Belastung der Wagen kann nicht ohne weiteres gesteigert werden. Daß der Bau der Sekundärbahnen allmälig abnehmen muß, ist selbstverständlich. Wir haben noch ein großes Bedürfniß nach Schienenwegen, aber dies läßt sich am besten durch Kleinbahnen befriedigen.

Abg. **Ehlers** (Frs. Vrgg.): Für meine Person stehe ich auf dem Standpunkt, daß man die Eisenbahntarife nicht ganz frei lassen kann von der Finanzfrage. Selbst wenn wir viel Geld hätten, könnten wir keine Tarifreform machen ohne Rücksicht auf die Finanzen. Die Eisenbahnen sind gewerbliche Unternehmungen und müssen als solche verwaltet werden, sie können nicht als Wohlthätigkeitsanstalten angesehen werden. Wir haben in den Tarifen gegebene Verhältnisse, und ich kann es dem Finanzministter nicht verdenken, wenn er darauf Rücksicht nimmt. Das preußische Eisenbahnwesen ist in der Rede des Finanzministers zu sehr mit Steuerfragen verknüpft. Es geht doch nicht an, das Bedürfniß nach einer Tarifreform als Vorspann für neue Steuern zu benutzen. Ich würde es für keine schlechte Finanzpolitik halten, wenn ein etwa durch die Reform entstehender Ausfall durch Anleihe gedeckt würde. Ich will jedoch eine einzelne eisenbahntechnische Frage anregen. Wenn der Bezirkseisenbahnrath zu Bromberg gegen die Aufhebung der 4. Wagenklasse stimmte, so geschah es aus Rücksicht auf die Passagiere der 4. Klasse, die nach Beseitigung der 4. Klasse nicht mehr ihre Körbe, ihr Handwerkszeug u. s. w. transportiren könnten. Deshalb sollte man nicht die 1. Klasse beseitigen, deren Passagiere sich ganz gut mit der 2 Klasse begnügen könnten? Die 1. Klasse wird meist nur von höheren Eisenbahnbeamten benutzt, die Freikarten haben. Uebrigens wäre es besser, wenn die Eisenbahnbeamten ohne Freikarten reisten, da sie auf diese Weise mehr incognito reisen könnten. (Zustimmung.) In den D-Zügen wäre eine bessere Platzvertheilung möglich, wenn die 1. Klasse beseitigt würde. (Beifall links.)

Abg. **Böttinger** (nl.) bittet den Minister um größere und bereitwilligere Zulassung der internationalen Züge, da die Reisenden auf diesen Zügen doch zur Hebung auch unseres Verkehrs beitragen. Auch müsse der Zuschlag auf Schlafwagen ermäßigt werden. Die Aufhebung der 1. Klasse empfehle sich nicht, wegen des internationalen Verkehrs. Dagegen sei Aufhebung der 2. und Besserung der 3. Klasse rathsam.

Abg. **Brömel** (Frs. Vgg.): Niemand bestreitet, daß es nothwendig ist, daß ein Theil der Eisenbahnüberschüsse zu allgemeinen Staatszwecken verwandt wird. Man wehrt sich dagegen, daß unser Eisenbahnwesen, wie Abg. Ehlers vorschlägt, als gewerbliches Unternehmen behandelt wird. Es kann nicht mit Gaswerken und Bergwerken verglichen werden. Dem fiskalischen Interesse müssen gewisse Schranken gesetzt werden. Wir wollen eine Tarifreform, von der wir nichts Schlechtes für die Finanzen, aber sehr viel Gutes für das Wirthschaftsleben erwarten. Die Platzkarten bei den D-Zügen bedeuten nicht schlechthin eine Erhöhung, sondern sie sind eingeführt, weil die D-Züge besonders schnell fahren und gut eingerichtet sind. Sie können also nichts gegen eine Reform beweisen. Gestalten wir unser Tarife nicht um, so beschränken wir die Steuerfähigkeit unserer Bürger, und von diesem Standpunkt, nicht lediglich von dem kalkulatorischen, muß der Finanzminister diese Frage betrachten. Die probeweise Einführung der billigen Tarife auf einer beschränkten Strecke hat ein anerkannter Fachmann, Mitglied des Eisenbahndirektionsbezirks Köln, Todt, vorgeschlagen. Wir sind bereit, uns zu fügen, wenn dieser Versuch mißglückt. Der Hinweis: nur eine Tarifreform im ganzen Eisenbahnsystem oder keine Tarifreform, heißt in Wahrheit: keine Tarifreform. Gegen einen auf den gesammten Eisenbahnen angestellten Versuch wehrt sich der Finanzminister mit Recht. Der Eisenbahnminister wird durch die Wucht der Thatsachen zur Reform gezwungen werden. Die süddeutschen Eisenbahnen haben bereits die Gepäckfracht ermäßigt, die Giltigkeitsdauer der Rückfahrtkarten verlängert. Das ist der Weg einer vernünftigen und vorsichtigen Tarifreform. Weshalb gilt bei uns eine Rückfahrtkarte von Kottbus nach Berlin länger als von Berlin nach Kottbus? Was nun die Frage der Beseitigung der 4. Klasse betrifft, so besteht die 4. Klasse ja nicht auf den süddeutschen Bahnen. Die Leute, die bei uns die 4. Klasse benutzen, fahren dort 3. Klasse; für Unterbringung ihrer Körbe und Kisten ist ihnen ein besonderer Raum angewiesen. Diese Frage würde ein anderes Gesicht gewinnen, wenn die 4. Klasse durchgreifend gebessert würde. Abg. Irmer hat sich selbst gegen die berliner Vorortklasse gewandt. Diese Tarife haben wesentlich zur Beseitigung der Wohnungsnoth beigetragen. Ihre Einführung war ein Glück, und die Verwaltung sollte auf diesem Gebiet noch weiter gehen. Sie könnte ja, um nicht in den Verdacht zu kommen, die Wagenbondage zu befördern, die ganze Verbindung zwischen Berlin und den Vororten aufgeben, aber dann müßte sie dem Privatunternehmen freie Hand lassen. Abg. Irmer müßte eigentlich zur Forderung kommen, die Tarife zu erhöhen. Er hat versucht, die Eisenbahnen in den Dienst einer politischen Partei zu stellen. (Beifall links.)

Minister **Thielen**: Im Gebiete der Personen- wie Gütertarife ist nicht Stagnation eingetreten, sondern es sind Fortschritte gemacht. Die Maßnahmen im berliner Vorortverkehr bedeuten eine große Reform für die Hauptstadt. Die Einrichtung der Arbeiterzüge ist bei uns zuerst und bis jetzt allein durchgeführt. Trotz des Zonentarifs in Ungarn ist bei uns durch die Häufigkeit der Züge wirthschaftlich recht viel geschehen. Im Etat sind große Summen zur Sicherung des Betriebes ausgeworfen.

Tarifarisch ist die Aufhebung der 1. und 4. Klasse dasselbe. Beim ursprünglichen Projekt meines Vorgängers war auch in Aussicht genommen, bei Beseitigung der 4. Klasse Raum für Unterbringung des Gepäcks zu schaffen. Die Abschaffung der Freikarten der Eisenbahnbeamte bringt den Eisenbahnen Gewinn, der Staatskasse einen, wenn auch nicht bedeutenden Nachtheil. Die Revision der Züge ist nur möglich von einem besonderen Abtheil aus. Doch sind die Beamten angewiesen, sich möglichst in die Lage der Reisenden zu versetzen, auch auf der Lokomotive nachzusehen. Auch aus Gründen der Disciplin sind die Freikarten beibehalten.

Die Wünsche des Abg. Böttinger wegen des internationalen Durchgangsverkehrs werde ich nach Möglichkeit erfüllen. Wegen Zulassung eines internationalen Zuges von Petersburg nach Paris schweben Unterhandlungen. Den Zuschlag für Schlafwagen halte ich nicht für zu hoch.

Trotz aller Anerkennung der Autorität des Herrn Todt muß ich dabei bleiben, daß der Versuch einer Tarifreform auf einer beschränkten Strecke sehr gefährlich und nicht beweiskräftig ist. Wenn der Versuch in Bromberg gemacht wird und gelingt, beweist das nichts für Sachsen. Die Erfahrungen, die man in Süddeutschland und in den Reichslanden mit der Verlängerung der Rückfahrtkarten gemacht hat, beweisen, daß diese Maßnahme weder im Verkehrsbedürfniß liegt — 92 Proz. der Karten sind in 3 Tagen abgenutzt worden — noch finanziell eine Mehreinnahme verheißt, im Gegentheil das Resultat ist Minus. Außerdem ist die Verleitung zum Mißbrauch sowohl bei Beamten wie Publikum um so größer, je länger die Giltigkeit der Rückfahrtkarten ist.

Abg. **Graf Limburg-Stirum** (kons.): Abg. Irmer hat in den Vorortklassen, wie sie lägen, eine Nothwendigkeit gesehen, aber vor ihrer Ausdehnung gewarnt. Wir protestiren gegen eine Ausbeutung der Eisenbahnen im Interesse der großen Städte und ihrer Gewerbe. Billige Tarife befördern die Erweiterung der großen Städte. Es ist nützlich, daß hier alle Klagen gegen die Verwaltung, die keine Konkurrenz zu fürchten hat, vorgebracht werden, das verhütet Stagnation, aber diejenigen, die hier Projekte vorbringen, tragen nicht die Verantwortlichkeit für ihre Durchführung, dann ist's niemand gewesen. (Heiterkeit.) Daß im Tarifwesen eine Besserung möglich ist, erkenne ich an, aber ich bin mit dem Finanzminister darin einig, daß eine Verbilligung der Personentarife bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht angeht. Billige Personentarife sind vielleicht einzelnen Personen und Gewerbskreisen angenehm, aber im allgemeinen sind unsere Tarife nicht drückend. Die Tarife sind nicht die Hauptsache. Es ist ungerechtfertigt, zu sagen, daß die Eisenbahn mit übermäßigen Ueberschüssen arbeitet. Sie arbeitet, wie mäßig rentirende Unternehmungen, mit 5 bis 6 Proz. Gewinn. (Zuruf links: 7.) Wir werden den Finanzminister in seiner Finanzpolitik unterstützen. (Beifall rechts.)

Minister **Miquel** verweist auf das Beispiel Frankreichs, wo man auch auf Mehreinnahmen aus einer Tarifreform gehofft habe, jedoch Mindereinnahmen eingetreten seien. Es liege kein bestimmtes Programm vor, und man wisse eigentlich nicht, worüber man diskutire. (Heiterkeit.) Man wisse nicht, ob ein solches Programm Anklang finden werde bei dem Widerstreit der in Betracht kommenden Interessen. Jedenfalls werde aber keines angenommen, das das finanzielle Ergebniß nicht sicher stelle. Er (Minister) habe stets bedauert, daß die preußischen Finanzen sich zu sehr auf die Eisenbahnüberschüsse gestützt hätten. Der Ausgabe-Etat sei erhöht, ohne daß man sich fester Einnahmen versichert habe. Darin sei der Landtag wie die Regierung gleichmäßig schuldig. Das sei auch ein sehr bequemes System. Jetzt müsse man mit den vorhandenen Thatsachen rechnen, das Schulgeld, die beiden untersten Klassensteuerstufen seien aufgehoben, für die Kirche und Schule seien Mehrausgaben beschlossen, die Beamtengehälter seien erhöht, alles auf Kosten der Eisenbahnüberschüsse. Niemand könne nachweisen, wo Ausgaben erspart werden können, neue Steuern wolle man nicht bewilligen. Was bleibe übrig, als Anlethewirthschaft, oder auf die Ueberschüsse zurückzugreifen. Würde eine Reform nachgewiesen, bei der auf die Ueberschüsse mit Wahrscheinlichkeit gerechnet werden könnte, so gehe die Finanzverwaltung darauf ein. Kein Finanzminister könne eine andere Finanzpolitik treiben, so lange ihm nicht anderweitige Hilfe komme. (Beifall.)

Abg. Dr. **Paasche** (nl.): Auch wir geben zu, daß wir auf die Ueberschüsse nicht verzichten können. Eine Tarifreform braucht nicht nothwendig zur Verbilligung, sie kann auch zu einer Vertheuerung der Tarife an einzelnen Stellen führen. Die Personentarife sind durchaus angemessen. Wir dürfen doch das ganze deutsche Vaterland nicht zu einem einzigen Dorf machen. Der Zonentarif schädigt die kleinen Städte und den Mittelstand. In Ungarn drängt sich der ganze Verkehr nach Pest, während das Land verödet. Mit dem Ausbau der Sekundärbahnen muß, besonders im Osten, weiter gegangen werden. Es giebt dort Orte, die 35—40 Kilometer von der Eisenbahn abliegen. Wir werden in absehbarer Zeit eine solche Entwickelung der Kleinbahnen haben, daß sie an die Stelle der Sekundärbahnen treten werden. — Wenn man feststellen will, ob die verlängerten Rückfahrtkarten in Süddeutschland veritabel gewesen sind, so muß man diejenigen, die nur auf ganz kurze Strecken gelöst sind, abziehen, dann wird sich zeigen, daß die auf 50—100 Kilometer gelösten Rückfahrtkarten voll abgenutzt sind. Der Minister hat doch zu große Furcht vor einem Mißbrauch dieser Karten. Die Reisenden sind doch nicht alle Spitzbuben. Mit Recht beschweren sich die Ausländer über das Mißtrauen, das man gegen den Reisenden auf unseren Eisenbahnen bethätigt. Redner bittet zum Schluß um Verkehrserleichterungen in den thüringischen Landen.

Minister **Miquel** erklärt, daß, wo sich ein dringendes Bedürfniß herausstellen sollte, Sekundärbahnen gebaut werden sollten. Es sei ein Vorzug der Tertiärbahnen, daß für sie die Normalbestimmungen der Staatsbahnen nicht Platz griffen.

Abg. **Schmieding** (nl.) bestreitet, daß er den Minister auf eine ungelunde Finanzpolitik habe hindrängen wollen. Er habe lediglich vor übertriebener Sparsamkeit gewarnt. Das Gebahren des Reichstages bringe das Reich in ein ganz schiefes Verhältniß zu den Einzelstaaten. Es müsse ein Eisenbahngarantiegesetz geschaffen werden.

Abg. Frhr. **v. Eckardstein** (bei keiner Partei) tadelt, daß auf der Strecke Berlin-Straußberg die Passagiere in Lichtenberg umsteigen müssen.

Abg. Dr. **Enneccerus** (nl.) führt Beschwerde, daß bei Rundreisebillets über die italienische Grenze hinaus die Eisenbahnverwaltung sich das Billet in Gold bezahlen lasse, während man es in Italien für Papier bekomme.

Geh. Rath **Ulrich** erwidert, die italienische Eisenbahn verlange von der preußischen die Bezahlung des Billets in Gold. Der Reisende habe die Möglichkeit, ein Billet nur bis zur Grenze zu lösen und kann an der Grenze sich neue Billets kaufen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. **Burnbach** (nl.), **v. Eynern** (nl.), Graf **Moltke** (ft.). **Böttinger** (nl.), **Eckels** (nl.), **v. Buch** (kons.), wird der Titel bewilligt.

Eine Petition wegen Einführung des Abonnements im Vorortverkehr wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Berathung des Eisenbahnetats wird Sonnabend 11 Uhr fortgesetzt. Außerdem Bericht über die Verwendung der aus der Einkommensteuer angesammelten Fonds.

Schluß 3¾ Uhr.

Hallescher Zuckerbericht vom 8. Febr.

Rohzucker. Zu Anfang dieser Woche erlitten die Werthe einen kleinen Rückgang und obwohl eine ruhige Stimmung anhielt, so konnten sich doch später die gewichenen Preise vollbehaupten, weil das Angebot an Kornzucker mässig war. Nachprodukte wurden reichlicher dem Markte zugeführt und von Raffinerien wie vom Export aufgenommen.

Umsatz 28,000 Sack.

Raffinirter Zucker. Das Geschäft hatte ruhigen Verkauf und kamen grössere Umsätze nicht zustande.

			Rohzucker.		
Granul. einschl.	—,—	—,—	Rend. 92% neu ausschl.	19,60	—19,80
Krystall I., einschl.	—,—	—,—	do. 92 alt „	—,—	—,—
do. 88% „	—,—	—,—	do. 88% neu „	18,40	—18,70
Krystall II., einschl. über 88%	—,—	—,—	do. 88% alt „	18,40	—18,60
Korn 90% ausschl.	—,—	—,—	Nachprod. 75% Rend. ausschl.	12,80	—14,00
			Raffinirter Zucker.		
Raff. II., ausschl.	—,—	—,—	Patent-Würfel	48,00	—,—
do. fein, „	44,00	—,—	Gem Raff. I., einschl.	—,—	—,—
Melis fein, „	—,—	—,—	do. do. II., „	—,—	—,—
do. mittel, „	—,—	—,—	Gem. Melis I., „	42,00	—,—
Würfelzucker I., einschliesslich Kiste,	—,—	—,—	do. do. II., „	—,—	—,—
			Farin	—,—	—,—

Melasse Ia zur Entzuckerung, Melasse IIa für Brennereien —,— M.

Bei Posten aus erster Hand.

Die Preise verstehen sich für 100 kg ab Station.

• Hamburg, 8. Febr. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Febr. 9,12½ per März 9.10, per Mai 9,22½, per Aug 9.47½. Ruhig.

• Hamburg, 8 Febr (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg, per Febr. 9,10, per Mai 9,20. Ruhig.

• Paris, 8 Febr. (Schluss-ber.) Rohzucker, ruhig, 88% loco 21,00—24,50. Weisser Zucker behauptet. Nr. 3 per 100 kg., per Febr. 25,87½, per per März-Juni 26,25, per Mai-Aug. 26 62½, Okt-Jan. 27,00.

• London, 8. Febr. 96% Javazucker loco 11¼, ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9¼ ruhig

---

Getreide.

• Hamburg, 8. Febr. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 128—136 Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 124—126, russischer loco fest, loco neuer 76—78. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

• Stettin, 8. Febr. Weizen loco lebhos, neuer 120 135, per April-Mai 137,50, per Mai-Juni 138,50. Roggen loco geschäftslos, 111—115, per April-Mai 116,50, per Mai-Juni 117,50. Pomm. Hafer loco 101—110.

• Breslau, 8. Febr. Weizen per Frühj. 6,61 Gd., 6,63 Br., per Mai-Juni 6,71 Gd., 6,73 Br. Roggen per Frühj. 5,63 Gd., 5,65 Br., per Mai-Juni 5,73 Gd., 5,75 Br. Hafer per Frühj. 6,15 Gd., 6.17 Br., per Mai-Juni 6,19 Gd., 6,21 Br.

• Pest, 8. Febr. Weizen geschäftslos, per Frühj. 6,52 Gd., 6,53 Br., per Herbst 6,36 Gd., 6,37 Br. Roggen per Frühj. 5,44 Gd., 5,46 Br. Hafer per Frühj. 6,00 Gd., 6,02 Br.

• New York, 8. Febr. (Telegr.) (Anfangsbericht.) Weizen per Mai 58⅞.

Kaffee.

• Hamburg, 8. Febr. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack.

• Hamburg, 8. Febr. (Bericht der Hamb Firma Joswi h u. Comp.) Kaffee good average Santos per März 77, per Mai 76¼, per Sept. 75½, per Dez 73. Ruhig.

• Hamburg, 8. Febr. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 77, per Mai 76, per Sept. 75¼, per Dez 72¾. Schleppend.

• Hamburg, 8. Febr Abends 6 Uhr (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos per Febr. 76½, per Mai 75½, per Sept. 74½. Ruhig.

• Havre, 8. Febr. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Com.) Kaffee good average Santos per Febr. 95,50, per März 95,50, per Mai 95,00. Schleppend.

• Amsterdam, 8. Febr. Java-Kaffee good ordinary 54½.

Produktenbörse zu New York am 7. Febr.

Weizen willig.			Kaffee fair Rio No. 7		16¼
Rother Winterweizen		58¾	do Rio No. 7 p. März		14,60
do. Weizen p. Febr.		57	do. do p. Mai.		14,40
do. do. p. März		57⅝	Zucker		2¹¹/₁₆
do. do. p. April		—	Schmalz Western steam		7,05
do. do. p. Mai		58¼	do. Rohe & Brothers		7,25
Petroleum schwächer			Mais willig.		
do. New York		5,95	do p Febr		48¼
do. Philadelphia		5,90	do p März		—
do. rohes		6,80	do. p Mai		49
do. Pipe line cert.			Baumwolle, New York		5⅝
Mehl, Spring clears	103		do. New Orleans		5⅛
	2,40		Kupfer loco		10,00

Weizen eröffnete in fester Haltung, stieg dann infolge besserer Kabelberichte und Abnahme der Ankünfte, sowie infolge schlechten Wetters im Westen und ausländischer Käufe. Später trat infolge Realisation Abschwächung ein. Schluss schwach.

Mais steigend nach Eröffnung infolge gros-er Käufe und Deckungen, sowie infolge geringer Ankünfte; später Reaktion und Abschwächung. Schluss willig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950209027/fragment/page=0002